

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Juni 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinfirale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 70

Zum neunten deutschen Gewerkschaftskongress

In den Tagen vom 22. bis einschließlich 27. Juni wird zu München im Saale der „Kindbrauerei“ das deutsche Gewerkschaftsparlament versammelt sein, nachdem in der zu Ende gehenden Woche die Arbeiterkonsumgenossenschaften ihre alljährliche Tagung in Bremen abgehalten, auf der fruchtbarste Tätigkeit verrichtet, aber auch bemerkenswerte Debatten stattfanden, und den Genossenschaftstagungen unmittelbar vorausgehend in Hamburg die „Volksfürsorge“ ihre erste Generalversammlung zu verzeichnen gehabt hat. Aufeinanderfolgend also drei für die deutsche Arbeitererschaft wichtige Tagungen, die hoffentlich sämtlich bleibenden Wert erhalten, so daß es mit der Verlebenserhaltung darüber nicht sein Bewenden haben wird.

Die Zeiten sind ernst, die Gegner der wirksam sich betätigenden Arbeiterbewegung nicht nur an Zahl groß, sondern auch zu einem scharfen Sieselschreiben bereit, das gegen einen bedeutungslosen Widerstand gewiß nicht entfallen werden würde. Diese gute Zuversicht verheut auch jeden Gedanken der Verzweiflung. Aber um so fester muß die Geschlossenheit auf Arbeiterseite sein, je mehr der Angriffe werden, und die Abwehr fällt leichter, je einiger die einzelnen Zweige der Arbeiterbewegung in dem Bestreben gehen, der Welt zu zeigen, daß die Evolution Dinge vermag, die die uneingeschränkte Bekundung des Bestehenden nimmer erreichen könnte. Paul Umbreit von der Generalkommission hat auf der Genossenschaftstagung in einer Begrüßungsansprache in klugen Worten das Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften gefeiert:

Gewerkschaften und Genossenschaften sind dem gleichen Boden entsprossen, der Ausbeutung des Arbeiters als Produzent und Konsument; beide Bewegungen werden von den Fabrikanten und Händlern mit Haß, von den Behörden mit Schikanen, von der Gesetzgebung mit Entrechtung bedroht. Und doch haben Gewerkschaften und Genossenschaften so Großes für die Gesellschaft, für die Gesundheit und Hebung der Arbeiter als Gütererzeuger und Güterverbraucher, als Staatsbürger und Steuerzahler getan, mehr als ihre gesammten Gegner zusammen. Sie haben aus dem Deutschland als Auswanderungsland ein Deutschland als Werkstatte der Nationen gemacht, sie haben den Arbeitern die Sonne des Vaterlandes zurückerobert und sie zur Mitarbeit in der Gemeinde und im Staat erzogen; sie haben gesunde Lebensbedingungen für Millionen geschaffen und der Gesellschaft neue Wege gezeigt, um weitere Millionen der Not zu entreißen. Wenn das unser Verbrechen ist, so tragen wir mit Stolz die gemeinsame Schuld, die uns für kommende Geschlechter der schönste Ehrentitel sein wird.

Wenn lebhafteste Zustimmung und zum Schlusse stürmischer, langanhaltender Beifall die Ausführungen belohnte, so war dieses starke Erklängen eines vollen leelischen Akkordes gerade in dieser Zeit wohl angebracht, und der Wunsch ist sicher allgemein, daß schließlich einmal unvermeidbare Dissonanzen immer nur der Hebel sein mögen zu der Erkenntnis, daß alles Errungene ja doch nur als Anfang zu gelten hat.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands konnten bei ihren bisherigen Tagungen Heerschau abhalten: auf dem ersten Kongress in Halberstadt (1892) über 227 000 Mitglieder, dem zweiten in Berlin (1896) 329 200, dem dritten in Frankfurt a. M. (1899) 580 400, dem vierten in Stuttgart (1902) 733 200, dem fünften in Köln (1905) 1 344 800, dem sechsten

in Hamburg (1908) 1 831 700, dem achten in Dresden (1911) 2 017 000, und auf dem neunten jetzt in München werden 2 548 700 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten sein. Der siebente, in Berlin 1910 abgehaltene, war ein außerordentlicher, zum Zwecke einer Stellungnahme zum Entwurfe der Reichsversicherungsordnung und den geplanten Verschlechterungen in der Arbeiterversicherung einberufen.

Welch eine Entwicklung in 22 Jahren! Man hat in politischen wie auch in gewerkschaftlichen Arbeiterkreisen Anfang der neunziger Jahre dem Zusammenschluß untrer Gewerkschaften die ungünstigsten Perspektiven gestellt und auch an direkt unfreundlichen Betrachtungen und Auslassungen hat es keineswegs gefehlt. Es ist alles anders gekommen — und es ist gut so! Regien schildert in einem Begrüßungsartikel, der in den neuesten, zu einer wirklichen Kongressnummer gewordenen „Sozialistischen Monatsheften“ (18. Juni) erschienen ist, den Aufstieg der freien Gewerkschaften höchst anschaulich und läßt darin auch alle Hindernisse und Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, Revue passieren. Die Entwicklung der Generalkommission bis zu ihrem jetzt so umfangreichen Apparate, ihren vielfältigen Aufgaben und der gewiß segensreichen Tätigkeit findet besondere Erwähnung. Das alles ist im Verein mit den übrigen 16, von Autoritäten in der Arbeiterbewegung stammenden Artikeln so interessant und lehrreich, daß man das Sonderheft (12 und 13) der erwähnten Halbmonatsschrift jung und alt nur zur Lektüre empfehlen kann.

In der letztmaligen „Gewerkschaftsrevue“ (Nr. 64 des „Korr.“) ist die Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses besprochen worden. Es wird in München nicht in allen Fällen glattgehen. Die Regelung der Grenzfreitigkeiten wird wieder ein unerfreuliches Kapitel bilden. Es muß aber zur Unmöglichkeit werden, daß die für Kompetenzfreitigkeiten dieser Art getroffene Einrichtung eines Schiedsgerichts auch noch nicht positiv zu wirken vermag. Die in Frage kommenden Organisationen müssen zu einer Verständigung gelangen. Die Unterfückung größerer Streiks oder Ausperrungen durch die Allgemeinheit, welche an Stelle der Sammlungen treten soll, wird wohl auch nicht ohne weiteres allenthalben Zustimmung finden; immerhin dürfte die Einigung in dieser seit langem verklärten Frage nicht so schwer fallen. Das Unternehmertum mit seiner heutigen Tendenz der Aufzwingung von Machtkämpfen wird da sicherlich das einigende Moment bilden. Natürlich erwartet alles nur beste Arbeit von dem neunten Kongress.

Unser Verband entsendet gemäß Danziger Generalversammlungsbefchlusses diesmal 14 Delegierte. Es sind dies vom Verbandsvorstande: Döblin, von der „Korr.“-Redaktion: Kirchl, von den Gauen Berlin: Massini, Rheinland-Westfalen: Albrecht, Leipzig: Engelbrecht, Bayern: Seib, Württemberg: Klein, Mittelrhein: Fuchs, Hamburg-Allona: Dreier, Schlesien: Fiedler, Ostland-Thüringen: Prox, Oder: Hannach, Erzgebirge-Vogtland: Große und Oberhein: Lindenlaub. Die großen und kleinen Gaue sind also gleich berücksichtigt.

Der Münchner Gewerkschaftskongress wird vor allen Dingen zu einer machtvollen Demonstration gegen die Bedrückungsversuche und Fnebelungsbestrebungen werden, die das Signum unsrer Tage sind. Was die reaktionäre Hochstuf alles in Bewegung gegen die Arbeiterorganisationen gelebt hat, spottet nachgerade jeder Beschreibung. Es ist ein wahrer Taumel über die Kreise gekommen, die den Gewerkschaften im Speziellen noch nie gewogen waren, die aber nun, nachdem diese äußerlich, mehr aber noch innerlich erklart sind, gegen sie einen großen Schlag führen möchten. Es wird wieder einmal von Ausnahmegelehen gekräumt. Man wäre aber heilfroh, wenn auf dem bequemeren Wege rigorosere Anwendung der bestehenden Gelehe, was indes gleichbedeutend sein würde mit ausnahmerechlichen Zuständen, schneller das ersehnte Ziel erreicht werden könnte.

Sehen wir jetzt, was der wilde Spektakel vom Koalitionszwang, Koalitionsrechtsmißbrauch, Streikpostenterrorismus, von Arbeitswilligenschußlosigkeit, „sozialdemokratischer“ Agitation und dfo Tendenz der freien Gewerkschaften zuwege gebracht, wie untre und obere Polizeiorane sich eine den Scharfmachern wohlgefällige Willkürherrschaft erlauben, die Gerichte mit den geschaubestellen Gelehesauslegungen operieren, die schärfsten Urteile über Arbeiter gang und gäbe werden, sogar von einem Regierungsmanne wie dem Staatssekretär Delbrück im Reichstag ausgesprochen werden konnte, ein eigentliches Koalitionsrecht gäbe es gar nicht, und vergegenwärtigt man sich, was aus dem Reichsvereinsgelehe gemacht worden ist — dann werden wir mit aller Deutlichkeit gewahr, daß das, was Dr. Heinemann in Dresden als die Schrecken der in Vorbereitung befindlichen Strafprozessreform ausmalte, von der Wirklichkeit schon erreicht ist.

Gegen solche Zustände muß allerdings mit aller Macht protestiert werden. Schreiendes Unrecht darf nicht zur Rechtmäßigkeit werden! Den Scharfmachern soll es in den Ohren gellen, wenn, wie eine Zuschrift „aus dem industriellen Westen“, in den „Hamburger Nachrichten“ (31. Mai) erkennen läßt, diese gewissenlosen Heber gar alles eingebildete Angemach der Unternehmer in ihrem Verhältnisse zur Arbeitererschaft auf das allgemeine gleiche Wahlrecht zurückzuführen, „in dem die irregaleitete Masse den Ausschlag gibt“. Angemach provozierend schreibt die Scharfmacherleese: „Ehe dieser Gegenstand nicht befriedigend geordnet ist, wird an eine durchgreifende Änderung der obwaltenden, allerdings unerträglichen Mißstände im Arbeiterwesen nicht zu denken sein.“

Legen wir uns daher auf die von Wolfgang Seine empfohlene Taktik fest, mit den „modern“ gewordenen Gelehesanwendungen die Scharfmacher selbst zu treffen. Wenn diese Sorte Rechtsprechung auf die Art an sich selbst zugrunde gerichtet wird, dann kann die gegenwärtige Reaktionsperiode besser überwunden werden als mit zweifelhafteigen Parformismeln und zwecklosen Verzweiflungsausbrüchen. Der Münchner Gewerkschaftskongress wird hoffentlich nur probate Wege beschreiten, nicht solche, wie sie vor acht Tagen in einer Berliner politischen Arbeiterversammlung unter Widerspruch maßgebender Führer empfohlen und beschloffen wurden. In diesem Sinne den Verhandlungen in München ein zuversichtliches Glück auf!

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Zum neunten Deutschen Gewerkschaftskongreß. — Die Leipziger Prinzipalstagung.
Volkswirtschaft: Landwirtschaft und Feuerung.
Korrespondenzen: Allenstein. — Barmen. — Berlin (M.C.). — Wittenburg-Berborn.
Rundschau: Ferien und Ferienverweigerung. — Bergnützlichungen zum Besuche der graphischen Ausstellung. — Johannisteller auf der graphischen Ausstellung. — Schwere Betriebsaufsicht. — Vom Konfliktkampf im Bergbauergewerbe. — Gewerkschaftliche Erregungszustände. — Arbeiterwanderungen und Lohndruck.

Die Leipziger Prinzipalstagung

Die Jahresversammlungen der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Korporationen der Arbeitgeberchaft im Buchdruckergewerbe sind vorüber. Sie gehören zweifellos zu den bedeutsamsten Kongreßveranstaltungen, die in diesem Jahre mit der internationalen graphischen Ausstellung in Verbindung zu bringen sind. Vielleicht steht der „Deutsche Buchdruckerstag“, wie in der Presse kurz, aber nicht gerade prägnant die Prinzipalversammlungen genannt werden, sogar an erster Stelle.

Vor und nach den beiden Kongreßtagen (14. und 15. Juni) sah man auf der „Bugra“ starke Trupps unserer Prinzipale, denn einmal fanden die üblichen Vorlesungen statt, zum anderen waren aber viele nach Leipzig gekommen, die nicht direkt die Verhandlungen nach hier führten. Der 14. und 15. Juni waren jedoch die Haupttage. So viel Prinzipale, wie da während der Pause und nach den Verhandlungen die Ausstellung durchgingen, wird man wohl nicht wieder zusammenfinden. Die riesenhafte Kulturschau ist ja aber auch eine nie wiederkehrende Anziehungskraft. Da am 14. Juni der erste Sonderzug der Berliner Maschinenfabrik die Zahl der auswärtigen Ausstellungsbesucher erheblich vermehrt hatte, überdies die ferientageliebenden Kollegen schon in ganz erheblichem Maße Leipzigs Fremdenzahle vergrößern und die Leipziger Kollegen Sonntags zudem ein starkes Kontingent zu den Ausstellungsbesuchern stellen, so wäre in richtiger Allgemeinfaßung tatsächlich von einem deutschen Buchdruckerstage zu reden, wenigstens in bezug auf den 14. Juni.

Der Deutsche Buchdruckerverein ist die zweitälteste unter den deutschen Unternehmerorganisationen, eigentlich die älteste. Wo Gewerkschaften entstanden, wurden bald darauf auch Arbeitgeberverbände errichtet; so 1866 unser Verband und 1869 der Deutsche Buchdruckerverein. Im Tabakergewerbe hatten die beiden Organisationen der Buchdrucker auf Arbeitnehmers- wie Arbeitgeberseite je einen Vorläufer, die indes nicht mehr bestehen. Der jetzige Deutsche Tabakarbeiterverband wurde später gegründet, die damalige Organisation kann nur als Vorläufer angesehen werden; ebenso liegt es mit der Unternehmerrorganisation in diesem Industriezweig, die damals zudem nur auf lokaler Grundlage aufgebaut war. Ohne Unterbrechung haben sich aber die beiderseitigen Organisationen in unsern Gewerbe zu erhalten vermocht; unser Verband führt allerdings gegenwärtig den dritten Namen, was jedoch nicht auf Veränderungslust zurückzuführen ist, sondern in jedem Fall einer aufgezwungenen Notwendigkeit entsprach. Tatsächlich ist also von allen wirtschaftlichen Organisationen (in Deutschland) der Deutsche Buchdruckerverein diejenige, die seit 1869 keinerlei äußerliche Umgestaltung erfahren hat. Was soll aber nun auch anders werden, denn im Prinzip wurde beschlossen, künftig als Deutscher Buchdruckerbeseßerverein zu firmieren. Daß damit eine deutlichere Unterscheidung von der Gehilfenorganisation, unserm Verbände, bezwedt wird, liegt auf der Hand. Nur will das mit der diesjährigen Tagung gegebenen Bezeichnung als Deutscher Buchdruckerstag nicht harmonieren. Gewiß sind das Auserwähltesten; sie gehören aber zu den Entwicklungssymptomen, die im Laufe der Jahre mannigfach zu beobachten sind.

Im Jahre 1885 tagte der Deutsche Buchdruckerverein zum letztmalen in Leipzig, seinem Sitz von Anfang an. Unser Gewerbe hat seitdem eine Entfaltung angenommen, die erstaunlich ist. Damals zählte die Prinzipalorganisation nur 344 Mitglieder, jetzt sind es 4399. Die inneren Einrichtungen haben ebenfalls eine beachtenswerte Ausdehnung erfahren. Der Buchdruckerpreisstarif, der Buchgewerbliche Schutzverband, die Rechtsauskunftsstelle, die Feuerversicherungsgesellschaft sind davon als wesentlichste zu nennen.

Die eine Beteiligung wie nie zuvor aufweisende Leipziger Prinzipalstagung ist von der Presse in einer der Bedeutung der alten Druckmetropole entsprechenden Weise begrüßt worden. Dafür hat man diesmal die Berichterstattung in erweiterter Form gestattet, wenn auch die Zulassung von Pressevertretern nicht wahllos erfolgte; der „Leipziger Volkszeitung“ wurde zurückgewiesen, uns wäre es gewiß ebenso ergangen, deshalb unterlassen wir einen dahingehenden Versuch. Der nachfolgende Bericht entstammt also nicht der „Korr.“-Redaktion, er geht aber etwas weiter als der von den Tageszeitungen gebrachte.

Am 11. Juni ging für Geheimrat Bürgenstein eine Ehre im Sachzimmern des Deutschen Buchgewerbeshauses voraus. Durch seinen Rücktritt von dem Posten des Berliner Kreisvorsitzenden ergab sich auch das Ausschleichen aus dem Hauptvorstande des Deutschen Buchdrucker-

vereins. Man könnte das auch vom Gehilfenstandpunkt aus bedauern, wenn nicht die Gewähr bestände, daß Geheimrat Bürgenstein in allen Hauptfragen nach wie vor ein entscheidendes Wort mit spricht. Sein Festvortrag auf der Hauptversammlung hat das ja bewiesen und durch dessen Aufnahme ist bekundet, daß die von der kleinen Gruppe des Arbeitgeberverbandes gegen diesen bedeutenden Mann entfachte und in der letzten Zeit noch gesteigerte Heße doch nicht Spuren hinterlassen hat, wie manchmal angenommen werden konnte. Geheimrat Bürgenstein wurde in Anlehnung seiner großen Verdienste zum Ehrenmitglied ernannt und sein Porträt im Sachzimmern zur Aufstellung gebracht. Nun zum Berichte, den wir um den die Begrüßungen wiedergebenden Teil etwas gekürzt haben.

Sauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins.

Die Verhandlungen am 14. Juni wurden von dem ersten Vorsitzenden Dr. Viktor Klinkhardt eröffnet und geleitet. Vertreter der Stadt, der Handelskammer, des Ausstellungsdirektoriums und des Reichsverbandes der Deutschen Presse hielten Begrüßungsansprachen. Die sächsische Regierung hatte den Ministerialdirektor Dr. Roscher entsandt, der der Buchdruckerkunst und dem deutschen Buchdruckergewerbe viel Anerkennung zollte: „Der Menschheit Würde ist heutzutage mindestens ebenso sehr in die Hände der Buchdrucker wie in die Hände der Künstler gegeben.“ Für den Reichsverband österröschlicher Buchdruckereibeseßer übermiffelste Buchdruckereibeseßer Hojz auf (Wien) Glückwünsche. Er erinnerte an die schweren Kämpfe im österröschischen Druckergewerbe im vergangenen Winter und dankte für die geleistete Unterstützung, wodurch es möglich geworden sei, wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Der Freundschaftsdiens, den Deutschland durch Entsendung der Mitglieder des deutschen Tarifamts erwiesen habe, werde unvergessen bleiben, ebenso die Treue der deutschen Prinzipale. Es nahmen 1000 Personen an den Verhandlungen teil, darunter jedoch nur 96 stimmberechtigte Delegierte.

Geheimrat Bürgenstein hielt darauf einen Vortrag über: „Der Deutsche Buchdruckerverein und seine tariflichen Bestrebungen.“ Er wandte sich zunächst dem Schaffen des Vereins auf sozialpolitischem Gebiete, dann dem in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu und führte zusammengefaßt etwa folgendes aus: Der Verein ist 1869 begründet worden. Anfangs fast bedeutungslos, habe er sich zu einer achtunggebietenden Größe emporgeschwungen. Wie in der Öffentlichkeit bestehende Meinung, das Buchdruckergewerbe und der Deutsche Buchdruckerverein beständen nur aus größeren und Großbetrieben, sei unzutreffend. Nach der Statistik gäbe es 8300 Buchdruckereien mit 178 000 beschäftigten Personen. Darunter befinden sich 5400 Betriebe, die bis zu 10 Gehilfen beschäftigen. Die mittleren Betriebe (11 bis 50 Gehilfen) ergeben 26 Proz., die größeren Betriebe (51 bis 100 Gehilfen) 5 Proz. und die Großbetriebe mit über 100 Personen 4 Proz. aller im Deutschen Reiche bestehenden Buchdruckereien. Von den im ganzen 178 000 beschäftigten Arbeitern seien nur 28 000 ungelernete Arbeiter. Die gezahlten Arbeitslöhne betragen jährlich etwa 142 Millionen Mark, an Beamte werden 26 Millionen Mark gezahlt. Die Arbeiterzunahme betrage pro Jahr etwa 40 Proz. Gegen die große und schwere Industrie seien diese Ziffern klein. Darauf indes sei aber der Verein resp. das Buchdruckergewerbe gerade stolz. Man wisse im Buchdruckergewerbe auch, was man wolle. Es sei ein Gemenge von Handwerks- und Fabrikbetrieb, und es habe noch niemand gegeben und es werde auch niemand geben, der die klaren Grenzlinien für die Trennung selbstzulegen vermöchte. Die sozialpolitischen Bestrebungen im Buchdruckergewerbe verkörpert sich in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker; die Prinzipale seien die Träger dieser Gemeinschaft und deshalb eben mit der Gehilfenschaft auf das engste verwachsen. Schon 1873 sei der Grundstein für die deutsche Tarifgemeinschaft gelegt worden. Bis dahin gab es nur örtliche Tarife über Löhne und Arbeitszeiten. Trotz aller inneren und äußeren Anfechtungen ist in der Tarifgemeinschaft immer neutraler Boden bewahrt worden, sie hat so nach und nach die Anerkennung vieler Behörden gefunden und sich die Achtung anderer Industriezweige zu erringen gewußt. Referent gab sodann ein Bild über die Weiterentwicklung der Tarifgemeinschaft, besondert, daß die temporären Revisionen der Tarife geübtlich für das Buchdruckergewerbe gewesen seien. Aber: es frage sich jetzt, ob die Prinzipale nicht an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit den Gehilfen gegenüber angelangt seien. Unwahrhaftig habe die Tarifgemeinschaft in erster Linie die Lebenshaltung der Arbeitnehmer gefördert. Andererseits dürfe man sich aber auch nicht verhehlen, daß in keinem andern Industriezweig in einer so großen Zeitsperiode (23 Jahre), wie das im Buchdruckergewerbe der Fall sei, ein größerer Lohnkampf nicht stattgefunden habe. Sei es nicht ganz enorm, daß man in dieser langen Zeit das Erscheinen keiner einzigen Zeitung gefährdet hat? Seht umfaßte die Tarifgemeinschaft 1841 Firmen und 69 125 Gehilfen in 2242 Orten. Sei diese Tarifgemeinschaft nicht auch ein Kulturfaktor? Da indessen die Regierung sozialpolitisch an die Betriebe immer größere Anforderungen stelle, so müsse nunmehr bei der nächsten Tarifrevision dahin gewirkt werden, daß auch die Gehilfen einsehen und erkennen, daß der Produktionsgewinn bei weiter steigenden Ansprüchen der Arbeitnehmer nicht im Einklange mit den Löhnen stehe. Unwahrhaftig sei der Buchdruckerstand in den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen, so daß deshalb an weitere Lohnerhöhungen zurzeit nicht gedacht werden könne. Weiter werde von andern Industrien die Tarifgemeinschaft als schadenbringend für sie und auch als die Sozialdemokratie fördernd bezeichnet. Willentlich sei eine Schädigung nicht

beabsichtigt, und der Sozialdemokratie den Boden bereitet zu haben, müße entschieden von der Hand gewiesen werden. Die Tarifgemeinschaft sei in erster Linie mit gelerntem Buchdruckern abgeschlossen, die für andre Industriezweige nicht in Frage kämen. Gegen den Abschluß von Tarifen mit ungelerneten Arbeitern scheinen dagegen größere Bedenken vorzuliegen. Mit Fug und Recht behauptete er (Referent), daß die Männer noch aufstehen müßten, die in der Lage seien, zu beweisen, daß es den Mitgliedern des Buchdruckervereins an Vaterlandsliebe und monarchischer Gesinnung fehle. Ohne Zweifel seien unter den Buchdruckergehilfen viele Anhänger der Sozialdemokratie vorhanden; von beiden Seiten aber werde darüber gewacht, daß parteipolitische Tendenzen nicht in das Gewerbe und in die Betriebe hineinkommen. Es heiße aber die Klagen aufhalten, daß nicht doch gewisse Eigentümlichkeiten Platz greifen. Was die wirtschaftspolitische Seite im Buchdruckergewerbe anbetreffe, so sei nicht zu verkennen, daß die Gehilfenschaft mit Nachdruck ihre Forderungen zu erreichen gewußt habe, dagegen sei unter den Prinzipalen ein Preiskampf entbrannt, der schließlich dahin geführt habe, daß häufig Spekulationen ohne irgendwelchen Gewinn gemacht würden, bis daß es dem Vereine gelang, einwandfrei die Gehilfensollen für Druckarbeiten festzustellen und den Grundloß durchzuführen, daß zu den Selbstkosten ein Aufschlag von 10 Proz. berechnet werde. Eine Ringbildung bestehe im Buchdruckergewerbe nicht, dazu sei das Gewerbe zu vielgestaltig. Unter dem Gedanken mehrerer bedeutender Förderer der Bestrebungen des Buchdruckergewerbes schloß Referent unter lebhafter Beifallsbekundung seinen bedeutsamen Vortrag mit dem Motio: „Gott grüß die Kunst!“

Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Rechnung für das Jahr 1913 mit einem Gebelrag von 5562 Mk. abschließt, was darauf zurückgeführt wird, daß einerseits ein Betrag von 10 000 Mk. für die Stillhaltungs-ausstellung auf der „Bugra“ mit eingestelt worden ist, während andererseits der Zuschuß für die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ infolge der durch die Reorganisation bedingten Mehrausgaben von 11 883 Mk. auf 24 810 Mk. gestiegen ist. Das Vereinsvermögen belief sich am 1. Januar 1914 auf 49 958 Mk. Nach dem Ergebnisse einer Umfrage über die Geschäftslage sind im Jahre 1913 die Buchdruckereien des Deutschen Reichs im allgemeinen bei weitem nicht so gut beschäftigt gewesen wie im Vorjahre. Zu den organisatorischen Maßnahmen zwecks Hebung der Druckpreise wurde betont, daß zur gründlichen Unterdrückung der Preischleuderei eine wirksame Exekutive geschaffen werden müsse. Von den tarifstreuen Firmen, die ihre Pflicht gegen die Tarifgemeinschaft erfüllen, indem sie ihre Arbeiten nach dem Preistarife berechnen, werde nachdrücklicher Schutz gegen die Preischleuderei gewünscht. Unter der Konkurrenz der beherrschenden Druckereien habe das Buchdruckergewerbe noch immer sehr empfindlich zu leiden. Eine wirkliche Abhilfe lie hier zu erblicken: 1. in der Aufhebung beherrschender Druckereien; 2. in der Einschränkung der Betriebseinrichtungen solcher Druckereien, die nach Lage der Sache unumstößlich nicht aufzuheben wären; 3. in dem Verbot der Erweiterung bestehender Druckereien mit allmäßlicher Einschränkung nach Abnutzung des vorhandenen Materials; 4. in der Anordnung, daß die bestehenden Druckereien unter keinen Umständen Drucksachen für Privatbesteller ausführen dürfen; 5. in der Anordnung, daß die bestehenden Druckereien für ihre Lieferungen gewerbesübliche Preise zu fordern haben. Eine dabingehende Petition sei an den Reichstag und an die Landtage der Bundesstaaten gerichtet worden und soweit man unterrichtet ist, haben sich auch der württembergische und sächsische Landtag sowie die Petitionskommission des Reichstags damit beschäftigt. Bei der Debatte über den Geschäftsbericht gab Dr. S. v. D. (Berlin) und Sommerjenrat Förster (Zwickau) orientierende Ausführungen über die Zollfragen und empfahlen, diesen die resste Aufmerksamkeit zuwenden.

Über die Entschickung der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ referierte Herr Broschek (Hamburg). Er führte insbesondere aus, daß ein zweimaliges Erscheinen in der Woche im Interesse der Mitglieder notwendig sei und daß die Mitgliederkosten durch einmaliges Erscheinen den ideellen Wert des Organs nicht aufwiegen würden. Demrat Herr Friedrichs (Berlin) entgegnete. Nachdem hierzu noch die Herren Kommerzienrat Neven (Köln), Schnürdreher (Berlin), Geheimer Kommerzienrat Bürgenstein und Broschek (Hamburg) das Wort ergriffen hatten und insbesondere ein Vergleich mit dem „Korr.“ gezogen wurde, der sogar dreimal wöchenlich erscheine, beschloß man, entgegen dem Antrage Friedrichs, die „Zeitschrift“ weiterhin zweimal wöchenlich erscheinen zu lassen.

Im Anschlusse hieran wurde auf Antrag des Kreises IX (Schlesien), begründet von Herrn Neusch (Breslau), beschlossen, alle Prinzipale der Tarifgemeinschaft zu den Beiträgen zum Fonds für besondere Zwecke im Sinne eines von Herrn Wagner (Wesen) gemachten Vorschlages vorbehaltslos redaktioneller Änderung heranzuziehen.

Der Antrag des Kreises XI (Pommern, Brandenburg), die Hauptversammlung wolle den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins beauftragen, zu versuchen, Anschluß an einen größeren Arbeitgeberverband mit gleicher Tendenz wie der Deutsche Buchdruckerverein zu finden und ihr im nächsten Jahre geeignete Vorschläge zu machen, wurde nach Begründung durch Herrn Meyer (Stettin) und einer von den Herren Graf (Helmstedt), Neven (Köln), Dr. Fiedrichs (Hannover), Mahlau (Frankfurt a. M.) und Schnürdreher (Berlin) beschrittenen Diskussion, in der Herr Franke (Berlin) sich vergeblich dagegen wendete, über Einzelheiten darüber zu verhandeln, zum Beschluß erhoben.

Direktor Mielche (München) referierte über den Deutschen Buchdruckerpreisstarif. Zu dem Referate

Landwirtschaft und Feuerung.

Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist in den letzten Jahren ganz erheblich teurer geworden. Von der Lebensmittelfeuerung wissen wir durch unsere mannigfachen früheren Untersuchungen an dieser Stelle, daß sie zum Teil nationale und zum Teil internationale Ursachen hat. Aber das eine ist unbestreitbar, daß die Preissteigerung der Lebensmittel in Ländern mit ganz besonders starker Schutzpolitik wie in Deutschland und Österreich recht erheblich größer ist als in Ländern, die ihre Grenzen weniger stark nach außen abgeschlossen haben. Insbesondere die deutschen Getreidezölle und die Fleischfuhrbeschränkungen haben direkt wie indirekt sehr ungünstige Folgen für die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gezeitigt. Die Verteuerung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen mit dem Ziele, die deutsche Landwirtschaft zu schützen, hat die Arbeiterorganisationen in ganz natürlicher Weise dazu gedrängt, eine Erhöhung der Arbeitslöhne zu erkämpfen. Und dieser zähe Kampf der Arbeiterschaft um Hochhaltung der bisherigen Lebenshaltung hat auf der anderen Seite wieder das Unternehmertum zum verschärften Widerstande mit allen seinen Konsequenzen in Gestalt der heutigen Reaktion auf der ganzen Linie gegen die Arbeiterschaft mobil gemacht. Da ist wohl die Frage am Platze, welchen Nutzen hat denn eigentlich die Landwirtschaft von dieser modernen Wirtschaftspolitik und Zollpolitik gehabt, und in welcher Weise hat der Bismarck'sche Zolltarif von 1902 auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland gewirkt?

Eine der auffälligsten Erscheinungen auf diesem Untersuchungsgebiet ist jedenfalls die Tatsache, daß Sinken und Steigen der Getreidepreise mit den Veränderungen der Bodenpreise im allgemeinen ziemlich parallel laufen. So hat in den letzten Jahren des vorigen Jahrzehntes bis gegen die Mitte der sechziger Jahre ein lebhaftes Steigen der Bodenpreise eingeleitet; gleichzeitig gingen aber auch die Getreidepreise in die Höhe. Als die letzteren dann in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wieder zurückgingen, trat auch ein Sinken der Bodenpreise ein. Das führte zu einer ersten Krise unter allen jenen Landwirten, die in Erwartung einer weiteren Steigerung der Getreidepreise ihren Boden teuer gekauft hatten und dann aus Mangel an Betriebskapital sich den verschlechterten Verhältnissen nicht anpassen konnten. Besonders deutlich zeigte sich aber der Einfluß der Getreidepreise auf die Bodenpreise beim Eintritte der Feuerung in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts; hauptsächlich im Osten Deutschlands. Dieser Zusammenhang zwischen Feuerung und Bodenpreisen beruht im wesentlichen darauf, daß jede Preiserhöhung auf dem Getreidemarkte, die die Gesteungskosten des landwirtschaftlichen Betriebes unverändert läßt, dem Bewirtschaftler solcher Betriebe neben dem bisherigen Gewinn einen Ertragewinn bringt, und zwar sowohl im Getreidebau wie auch in den übrigen landwirtschaftlichen Produkten. Verteuerung der Mehlnahrung steigert die Nachfrage nach andern Landwirtschaftserzeugnissen. Vermehrung des Getreidebaues infolge hoher Getreidepreise engt die Viehzucht ein, verringert also das Angebot an Fleisch und erhöht somit auch die Fleischpreise. Kommt dazu bei zunehmender Bevölkerung noch starker staatlicher Schutz der Landwirtschaft durch Zölle und sonstige Einfuhrbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte, so sind damit die wirksamsten Mittel gegeben, die der Landwirtschaft höhere Preise für ihre Produkte sichern auf Kosten der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung. Diese auf rein überliche Einflüsse, d. h. gar nicht in der Landwirtschaft selbst begründete Ertragewinne erzeugen aber sofort auch ein kolossales Ansteigen der Bodenpreise. Ist der Bewirtschaftler eines landwirtschaftlichen Betriebes nur Pächter des Gutes, so nimmt er in der Regel nur bis zum Ablauf des Pachtkontrahs teil an dieser Preissteigerung. Wenn der eigentliche Grundeigentümer wird die nächste Pachtperioden nicht mehr zu den alten Bedingungen abschließen. Er wird für die Zukunft eine höhere Pacht zur Grundlage machen und nimmt dadurch, ohne einen Finger dafür gerührt zu haben, an den gestiegenen Preisen durch eine höhere Pachtrente Anteil. Darauf ist die immer wiederkehrende Forderung in der agrarischen Presse zurückzuführen, der Fiskus müge die Pachtpreise nicht so fürchtbar steigern. Unter solchen Umständen ist es daher kein Wunder, daß fast alle Güter, die nicht als ein geselbeschäftigtes Gutedom, als Eigentum hochadigler Familien, unverkäuflich sind, ihre Besitzer unter geradezu wahnsinniger Preissteigerung gewechselt haben. Aus diesen Landwirten, die enorme Gewinne durch ihren Güterverkauf gemacht haben, hat sich ein besonderer Stand von Rentiers entwickelt, die in die Städte gezogen sind und hier in größerer Ruhe ihren durch die Bodenpreissteigerung infolge der Verteuerung der Lebensmittel erzählten Reichtum vergehren. Die Käufer ihrer Güter haben aber eine enorme Zinsenlast zu tragen und sind auf die Hilfe agrarischer Schutzpolitik angewiesen, die ihnen ein fast ununterbrochenes Sinken der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte ermöglicht.

Neu ist nur aber, daß ähnliche Bodenpreissteigerungen sich nicht nur auf die Landwirtschaft östlich der Elbe beschränken, sondern auch in Süddeutschland, und zwar in erster Linie in Bayern, in immer stärkerem Maße zu konstatieren sind, wenn auch nicht in den riesigen Formen wie in Ostelbien. Schüler des bekannten Nationalökonomens Brentano in München haben sich in Ober- und Niederbayern sowie in Franken niedergelassen, um diese Entwicklung in den letzten Jahren zu studieren. Sie haben aus den Grundbüchern mehrere Tausend Güterkaufpreise

wurde der Antrag des Kreises VII (Sachsen), die Hauptversammlung wolle sich dafür aussprechen, daß wirksamere Maßnahmen zur Durchführung des Deutschen Buchdruckerpreislaris getroffen werden und den Vorstand oder eventuell den Tarifberatungsausschuß mit der Ausarbeitung entsprechender Vorschläge beauftragen, unter den Gesichtspunkten des Referates angenommen. Es sprachen dazu außer Herrn Thalacker, der den Antrag des Kreises Sachsen begründete, u. a. die Herren Grabl (Münden), Grütffien (Eberfeld), van Wäden (Krefeld), Artur Scholem (Berlin), Zichfeld (Osterwied), Müller (Berlin), Emunds (Saarbrücken), Hoelsch (Hamburg), Kirlein (Leipzig) und Geheimrat Birenfeld. Das Referat Melche soll in der „Zeitschrift“ zum Abdruck gelangen.

Über den Tarifberatungsausschuß referierte unter Punkt 12 Herr Boll (Berlin). Die alljährliche Zusammenberufung der Prinzipalstiftungskommissionen begründete im Sinn eines Antrages des Kreises XI Herr Francine, der Prinzipalstiftungskomitee des Tarifamtes. Es wurde beschlossen, diese Zusammenkünfte jährlich gelegentlich der Hauptversammlung stattfinden zu lassen.

Die nächstmalige Tagung findet in Hannover statt. Der Einladung von Lübeck konnte nicht stattgegeben werden, da die Berufsgenossenschaft sich bereits auf Hannover festgelegt hatte.

Die Deutsche Buchdruckerberufsgenossenschaft

hielt am Vormittage des 16. Juni ebenfalls im großen Kongresssaale der Ausstellung ihre 32. Genossenschaftsversammlung ab.

Herr Eugen Mahlau (Frankfurt a. M.) eröffnete als Vorsitzender die Tagung und erstattete den Geschäftsbericht. Wir heben aus seinen Ausführungen hervor: Während die Anzahl der versicherungspflichtigen Personen sowie die Höhe ihres Entgelts um 4,2 Proz. stieg, ist die Anzahl der freiwillig versicherten Unternehmer um 84 Proz. und deren Entgelt um 81 Proz. gestiegen, ferner die Anzahl der freiwillig versicherten Angestellten um 15 Proz. und deren Entgelt um 30 Proz.

Von besonderem Interesse war das Referat des Vorsitzenden über die Frage der Unfallverbürgung. Häufige auch die seit sieben Jahren geltenden Unfallverbürgungsvorschriften immerhin als ausreichend erweisen, so stelle doch die neue Reichsversicherungsordnung für die Verantwortlichkeit von Unternehmern, Betriebsbeamten und Versicherten heute weit eingehendere Bestimmungen auf. Um diesen gerecht zu werden, sei eine Anlehnung der Vorschriften an die vom Verbands der deutschen Berufsgenossenschaften geschaffenen Normalunfallverbürgungsvorschriften unerlässlich. Im wesentlichen seien es nur die Bestimmungen für Versicherte, die eine bedeutende Erweiterung erfahren haben. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß ein großer Teil der Unfälle auf ungenügender Unterweisung der Versicherten über die Gefährlichkeit einzelner Handlungen oder ungenügender Beachtung notwendiger Vorsichtsmahregeln beruht, konnten eingehendere Vorschriften nicht mehr entbehrt werden. Es erweise sich als zweckmäßig, solche Vorschriften zu besitzen, die den Unternehmern als Anleitung dienen, den Leichtfertigen aber der Strafbarkeit wegen als Warnung vorgehalten werden können. Von weitgehender Bedeutung für die Unternehmer sei die heute in allen Unfallverbürgungsvorschriften Aufnahme findende Bestimmung, daß in jedem größeren Betrieb eine ausreichende Zahl von Betriebsleitern vorhanden sein müsse, die in der ersten Hilfeleistung geschult sind. Die Genossenschaft würde darauf achten, daß eine möglichst große Zahl Versicherter sich freiwillig zu Betriebsleitern ausbilde, damit das Vorhandensein solcher nicht allein auf die großen Druckerien beschränkt bleibe.

Für die Rechnungslegung per 1913 wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Ferner wurde der Voranschlag der Verwaltungskosten für das Rechnungsjahr 1915 genehmigt.

Der Änderung des Gefahrenarits gemäß §§ 708 und 709 der Reichsversicherungsordnung wurde zugestimmt und dem Vorstand die Befugnis eingeräumt, im Genehmigungsverfahren etwa notwendig werdende Änderungen vorzunehmen. Die gleiche Befugnis erteilte die Versammlung dem Vorstande bezüglich des Erlasses der erwähnten neuen Unfallverbürgungsvorschriften gemäß §§ 848 ff. der Reichsversicherungsordnung. Man beschloß ferner die Aufhebung des Beschlusses vom 5. Juni 1898 über die Vermögensauseinandersetzung mit andern Berufsgenossenschaften beim Übergange von Entstehungsgeschäften bei Betriebsüberweisungen von einer Berufsgenossenschaft auf eine andre. Dafür wurden die vom Reichsversicherungsamt in einer Verfügung vom 24. Dezember 1912 gemachten Ratsschlüsse angenommen. Schließlich wurde eine Anzahl Neuwahlen von Mitgliedern und Ersatzmännern des Ausschusses zur Vorprüfung der Jahresrechnung bewerkstelligt.

Die Feuerversicherungs-genossenschaft Deutscher Buchdrucker

tagte am Nachmittage des 15. Juni am gleichen Ort unter dem Vorsitz von Dr. B. Klunkhardt, der auch den Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gab. Im Jahre 1913 war der Geschäftsverlauf befriedigend. Die Zahl der mit den Mitgliedern bestehenden Versicherungen ist von 1410 im Jahre 1912 auf 1514 im Jahre 1913 angewachsen. Die Gesamtversicherungssumme ist gegen das Vorjahr um 8 375 836 Mk. gestiegen auf 78 223 587 Mark. An Prämien sind 100 560 Mk. eingegangen, 7622

Mark mehr als 1912. An Schädenvorgängen sind 49885 Mk. gezahlt bzw. zurückgestellt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt in Ausgabe und Einnahme mit 165 974,15 Mk. ab. Der Überschuß beträgt 11 855,96 Mk. Auf Antrag des Vorstandes wurde dieser Betrag gemäß § 44 der Satzungen dem Referendats überwiesen, der nunmehr 101 640,49 Mk. beträgt. Künftig wird nur die Hälfte des Überschusses dem Referendats überwiesen, die andre Hälfte wird zur Tilgung des Garantiefonds verwendet werden. Die bisherigen Ergebnisse des laufenden Jahres lassen einen guten Abschluß erwarten. Hierauf wurde dem Vorstand Entlastung erteilt.

Es wurden noch verschiedene Wahlen vorgenommen, u. a. wurde der bisherige Vorsitzende durch Juruf wiedergewählt.

Die nächste Hauptversammlung wird in Hannover stattfinden.

Die „Zeitschrift“ ist mit ihrer dieswöchigen Mittwochnummer verpätet herausgekommen, bringt dafür aber bereits einen Teil der Verhandlungen, den Bürgersprechenden Vortrag sogar nach dem Protogramm. Die ausführliche Wiedergabe dieses Vortrages geglückten, die historische Entwicklung der Tarifgemeinschaft wie der Prinzipalorganisation mit allen markanten Begebenheiten in den über vier Jahrzehnten lebendig schildern das Referats gefastet erst eine richtige Beurteilung dieser hervorragenden rednerischen Leistung. Wer die Nr. 48 des Prinzipalorgans sich als Lektüre verschaffen kann, der soll es ja tun. Wir kommen auf die Bürgersprechenden Ausführungen noch zurück, die „Zeitschrift“ kündigt soweit für ihre nächste Nummer eingehendere Berichterstattung über die weiteren Verhandlungen an. Das eine kann aber schon gesagt werden: Dem Vertreter der sächsischen Regierung bzw. des Ministeriums des Innern muß nach diesen Darlegungen die im Jahre 1912 veranfaltete Umfrage über die Auslieferung der Tarifgemeinschaft an die Sozialdemokratie und die Monopolstellung unseres Verbandes nun vollends als ein glatter Reinfall der sächsischen Regierung auf die Denunziationen der christlichen Gewerkschaftszentrale und des Scharfmacherverbandes in unserm Gewerbe erschienen sein. Das skandalöse Gutachten der Dresdner Gewerkschammer, über dessen Herkunft wohl kein Zweifel mehr besteht, wird vom Ministerialdirektor Dr. Koscher endgültig als eine grobe Irreführung der Regierung Sachsens aufgefaßt werden, wenn das nicht bereits die gegenseitigen Darstellungen des Tarifamtes zu erreichen vermochten. Wenn der genannte Regierungsvertreter trotz gar nicht direkter Bezugnahme in der Bürgersprechenden Rede auf dieses beschämende Vorkommnis die sehr einfache Anwendung daraus zieht, dann wird sich die sächsische Regierung künftig wohl hüten, solchen von gewiß nicht den besten Instinkten diktierten Anschwägungen irgendeine Folge zu geben.

Vorverband wäre nur noch zu sagen, daß der Bezirksverein Vorprohmern mit seinem Antrag auf Anstluß des Deutschen Buchdruckervereins an die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, die ultrascharfmacherische Richtung, glatt abgefallen ist, wie vorausgesehen war. Dagegen hat man den Vorstand gemäß des Antrags vom Kreise XI beauftragt, einen größeren Arbeitgeberverband mit der gleichen Tendenz des Deutschen Buchdruckervereins ausfindig zu machen, an den man sich anschließen will. Wir haben daraufhin noch einmal die Zusammenstellung der Arbeitgeberverbände in der ausführlichen amtlichen Statistik durchgesehen, aber keinen Anknüpfung finden können, wo die Prinzipalorganisation Anker werfen könnte. Es bleibt also abzuwarten, welcher Weg aus dem Fohle da gefunden werden wird.

Dunkel bleibt auch der Beschluß, alle tariffreien Prinzipale zum Fonds für besondere Zwecke heranzuziehen. Es ist dies zwar nur im Prinzip beschlossen, aber es ist doch klar, daß eine Vereinseimichtung, wegen welcher erst eine wenn nicht grobe, so doch aber auch nicht unbeachtliche Auseinandersetzung von Mitgliedern statzgefunden hat, nicht den 4032 außerhalb des Deutschen Buchdruckervereins stehenden tariffreien Prinzipalen oktroyiert werden kann. Ein Teil besteht aus Fondsgegnern, ein anderer will nicht in den Deutschen Buchdruckerverein, der dritte ist so oder so indifferent. Dieser zahlenmäßig grobe Kreis von nichtorganisierten Prinzipalen wäre erst zur Mitgliedschaft zu gewinnen, was als ausgeschlossen gelten kann.

Aber einiges andre muß erst, wie bereits gesagt, Näheres abgewartet werden, ehe ein einigermaßen zutreffendes Urteil geöbft werden kann.

Zu dem in Nr. 67 gebrachten Artikel „Kongresse und Generalversammlungen“ ist nachzutragen, daß wir den Verein Deutscher Zeitungsverleger doch noch in der amtlichen Statistik gefunden haben, und zwar mit einer Mitgliederzahl von 788 (nach dem Stande vom 1. Januar 1912) unter der Rubrik „Handelsgewerbe und Verkehrsgewerbe“. Da haben wir allerdings die Zeitungsverleger nicht gesucht.

festgestellt, die die Bodenpreisentwicklung in großen zusammenhängenden Gebieten in den Jahren 1900 bis 1910 fast lückenlos erfassen. Die festgestellten Steigerungen sind außerordentlich hoch. Wenn z. B. der Preis für einen Sektar in Oberbayern in den Jahren 1900/02 gleich 100 war, so stieg er bei Gütern mit gutem Boden und über 20 ha wie folgt:

1900/02	100
1905	142,9
1906	156,1
1909	183,2

Die Verteuerung der besten Güter auf fruchtbarem Boden geht am schnellsten vor sich. Die weniger fruchtbaren Flächen in der Ebene zeigen hinsichtlich der Bodenpreissteigerung eine ähnliche Entwicklung wie landwirtschaftliche Anbauflächen in gebirginen Gegenden. Besonders lehrreich ist die Vergleichung der Preise bei den verschiedenen Betriebsgrößen. Die Kleinbauern mit dem geringsten Landbesitz zahlen die höchsten Bodenpreise, gleichwie in den Städten die Arbeiterbevölkerung für die kleinen Wohnungen relativ die höchsten Mietpreise bezahlen muß. Die Kleinbauern zahlen aber unter den größten Entbehrungen lieber die höchsten Bodenpreise, damit sie nur eine Landstelle haben, wo sie sich von ihrer eignen Hände Arbeit ernähren können. Diese kleinen Landwirte verdienen indes nichts oder doch nur sehr wenig beim Verkauf ihrer Güter. Ganz anders ist die Entwicklung beim behäbigen Mittel- und Grobbauern. Solange die Güterpreise fest stehen und keine Aussicht vorhanden, daß sie steigen, bleiben die Mittel- und Grobbauern fest auf ihrer Scholle sitzen. Fangen aber die Preise für die Güter an zu steigen, dann fällt diese Schollentreue ein schnelles Ende. Das zeigte sich besonders deutlich im Jahre 1906 in Niederbayern, als durch die Wirkungen der Zollpolitik die Roggenpreise anlangen zu steigen. Sofort brach unter den Bauern Niederbayerns, für die der Roggenbau von größerer Bedeutung ist, eine wahre Verkaufstheorie aus. Die Verkäufer an die Güterhändler vermehren sich ungemein rasch. Die alte gute Walfäule, den Hof für die eignen Nachkommen zu erhalten, ward vergessen, und die Bauern strichen die plötzlich stark gestiegenen Güterpreise mit großem Schmutzein ein. Jeder Käufer dieser Güter muß jedoch streng darauf sehen, daß er die Preise der unter seiner Leistung erzeugten Produkte auch in Zukunft so hoch wie möglich hält. Dazu sind ihm die landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften in erster Linie behilflich, die zu diesem Zwecke den weitgehendsten Schutz der Behörden genießen.

Nicht selten hört man nun die Klage, daß an dieser Steigerung der landwirtschaftlichen Bodenpreise die sogenannten Güterhändler die Hauptschuld tragen. In Wirklichkeit stimmt das aber nicht. Die Bauern brauchen und suchen einfach einen Vermittler, der alles Geschäftliche besser erledigen kann als sie selbst. Dem Verkäufer eines Gutes zahlt der Vermittler alles in bar aus und dem neuen Besitzer stundet er große Restkaufkündigungen. Den eigentlichen Gewinn zieht der Güterhändler meist aus der Zersplitterung der größeren Güter in viele kleine. Er gibt einzelne Stücke an ärmere Bauern ab, die für die Erbringung einer freien Arbeitsstelle gern bereit sind, höhere Preise zu bezahlen. Für diese steht der ideale Wert eines solchen Kaufs oft höher als der materielle. Zu allen solchen Verkaufsgeschäften sind aber die Bauern fast durchweg, teils aus Kapitalmangel, teils infolge eines stark ausgeprägten gegenseitigen Mißtrauens, unfähig. Abwegens besorgen den Güterhandel nicht bloß jüdische Kaufleute aus der Stadt, sondern ebensooft eingeborene Dörfler mit größerer Kapitalkraft, die Gelegenheit haben, mit den Bauern der Gegend oft zusammenzukommen, z. B. Mühlenselber, Gastwirte, Brauereibesitzer und andere. Daß diese Leute an den Preisen willkürlich nicht viel ändern können, beweist ein Vergleich mit den privaten Verkaufspreisen. Diese zeigen genau die gleiche Steigerung wie die Händlerpreise. Das häufige Auftreten von Güterhändlern zeigt in der Regel nur an, daß die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung insbesondere die der Weltmarktpreise in Verbindung mit den Einflüssen der Schutzzölle gewisse verwickelte Gewinnmöglichkeiten geschaffen hat. Die Händler verursachen also nicht selbst die Preissteigerungen; sie helfen den Bauern nur, die vorhandene Möglichkeit, Gewinne zu machen, auszunutzen.

So ist es denn auch zu verstehen, daß die Verkundung des Bauernstandes nicht stärker gestiegen ist als die allgemeine Wertsteigerung des Bodens. Im allgemeinen schwankt die Verkundung zwischen 40 und 50 Proz., hat sich aber trotz Steigerung der Bodenpreise nicht ungünstiger der Besitzer verschoben. Das bedeutet, daß das Vermögen der häuerlichen Landwirte zugunommen hat. Nehmen wir an, das Vermögen eines Bauern habe früher wie jetzt die Hälfte seines ganzen Besitzes (nach Abzug der Verkundung) betragen, so betrug sein Vermögen bei einem Preise von 20 000 Mk. die Hälfte, also 10 000 Mk.; heute kostet sein Hof 30 000 Mk., also hat der Bauer auch ein Vermögen von 15 000 Mk. Das ist nur darauf zurückzuführen, daß die Verteuerung nach dem ersten drohenden Preisanstiege nicht aufgehört, sondern noch weiter zugunommen hat. Dadurch machten sich auch die hohen Bodenpreise bezahlt, die bei sinkenden Preisen leicht zum völligen Ruine der neuen Besitzer hätten führen können. Daraus geht hervor, daß die erhöhten Lebensmittelpreise zu einem beträchtlichen Teile der Landwirtschaft zugute gekommen sind. Sie haben dazu beigetragen, die Vermögensverhältnisse der für den Lebensmittelmarkt produzierenden Landwirte zu festigen und zu verbessern. Die sogenannte Landflucht und der Zug nach der Großstadt hat sich unter dem agrarischen Schutzpolitiken auf dem Umwege der Verteuerung zu einer weiterverzweigten Tributpflichtigkeit der städtischen und industriellen Bevölkerung zugunsten der Landwirtschaft entwickelt. Wer diese Gestaltung der Dinge richtig überdenkt,

der wird leicht verstehen, wie es kommt, daß man heute außerhalb der Arbeiterkreise so viel, und im besondern viel in landwirtschaftlichen Kreisen, von der Erhaltung untrübbarer Wirtschaftsordnung träumt, redet und schreibt.

Wohl ist die Verbesserung der landwirtschaftlichen Vermögensverhältnisse nicht nur auf Wirkungen der Zollpolitik zurückzuführen, eigne Leistungssteigerungen der Landwirtschaft haben ebenfalls dazu beigetragen. Anlagen von Bewässerungen und Entwässerungen, vermehrte und verbesserte Düngung, Anwendung von Maschinen usw. haben zweifellos nicht geringen Anteil an der gesteigerten Ertragsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe. Gerade diese Umstände hätten aber verhindern sollen, daß die agrarischen Produkte trotz gesteigerter Bodenpreise sich so verteuern konnten. Hier ist nun der Schnittpunkt der Frage, wo es zu beantworten gilt, welchen Anteil haben die Bodenpreissteigerungen und welchen die Zollpolitik an der Verteuerung. Nun ist ja nicht streng mathematisch zu bestimmen, wie weit z. B. der Einfluß des Zolltarifs in dieser Beziehung geht. Aber aus den Rückschlüssen von den Verhältnissen zwischen Bodenpreissteigerung und Ertragssteigerung der landwirtschaftlichen Betriebe aus eigener Kraft, d. h. aus Meliorationen usw., geht mit großer Sicherheit hervor, was an Wirkung für den Zolltarif auf dem Gebiete der Bodenpreissteigerung noch übrig bleibt. Bleibt nämlich über die Kosten der Meliorationen in den Bodenpreisen noch eine erhebliche Spannung gegen früher übrig, so kann sie nur als Wirkung der Zolltarifsteigerungen angesehen werden. Auf solchen Voraussetzungen ergab sich in Oberbayern eine Verteuerung der Bodenpreise um 40 Proz. Davon entfallen auf Kulturunternehmungen und Verbesserung der Betriebstechnik 20 Proz. und für die Wirkungen des Zolltarifs verbleiben 19,5 Proz. In Niederbayern führte die gleiche Unternehmung zu der Feststellung, daß von 39 Proz. der Bodenpreissteigerung höchstens 13 Proz. auf intensivere Bewirtschaftung, dagegen 26 Proz. auf die Wirkungen des Zolltarifs zurückzuführen sind. Das gilt nur für Mittelbetriebe. Für landwirtschaftliche Großbetriebe ist die Sache in Hinblick auf den Zolltarif noch schlimmer. Denn je größer und fruchtbarer ein Gut, desto mehr Getreide und Vieh kann verkauft werden, desto größer wird dadurch aber auch die Steigerung der Bodenpreise durch die Zollpolitik, die ganz besonders den Getreidebau und die Viehzucht begünstigt.

Diese neuerdings von wissenschaftlicher Seite erschlossenen Tatsachen sind für die Stellung der Arbeiterklasse, die am empfindlichsten von den Wirkungen der gegenwärtigen deutschen Zollpolitik geschädigt wird, von großer Bedeutung. Es wird dadurch bewiesen, daß bei einem plötzlichen Herabgehen der Getreidepreise auf dem Weltmarkete die deutsche Landwirtschaft vor einer verheerenden Katastrophe stehen würde. Die ganze gegenwärtige Zollpolitik hat sie in zu einseitige Bahnen gelenkt und ihr eine schnelle Anpassungsfähigkeit an die Weltmarktentwicklung zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft als überflüssig erscheinen lassen. Werden nun in den nächsten Jahren noch weitere große Gebiete im Auslande für den Getreidebau kolonisiert, wie z. B. Melopotamien, so werden die Getreidepreise stark fallen, weil das Angebot auf dem Getreidemarkt immer größer werden wird. Infolgedessen wird es für die deutsche Landwirtschaft dann unmöglich sein, die hohe Zinnsanlast für die gesteigerten Güterpreise zu tragen, weil der deutsche Getreidebau nicht mehr so gewinnbringend sein wird. Diese Aussichten sind für die Landwirtschaft eine große Gefahr. Ihr kann nur dadurch begegnet werden, daß durch allmählichen Abbau der heutigen Schutztarife die Möglichkeit und gleichzeitig auch der Zwang zur Anpassung an die natürlichen Verhältnisse des Weltmarktes für die deutsche Landwirtschaft geschaffen wird. Gerade jetzt, in den Zeiten der Verteuerung, die für die Landwirtschaft so gewinnbringend ist, ginge das am schmerzlosesten. Vor allem würden dadurch die enormen Bodenpreissteigerungen zum Stillstand kommen und die Schraube ohne Ende mit der Wirkung immer höherer Lebensmittelpreise ebenfalls ihre stärkste Antriebskraft verlieren. Denn darüber sollten sich doch auch die führenden Köpfe in der deutschen Landwirtschaft allmählich klar geworden sein, daß es so wie bisher nicht mehr weiter gehen kann. Die zunehmende Industriadaptierung des Deutschen Reiches, das Anwachsens der Volksschichten, die in Industrie, Gewerbe und Handel ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, drängt von Tag zu Tag zu härterer Umschau nach einer Verbilligung der unentbehrlichsten Lebensmittel. Darin liegt auch die Ursache, daß der Kampf um die Veränderung der bisherigen Zollpolitik in der Gegenwart viel tiefer greift und ganz andere Triebkräfte hinter sich hat als früher. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge sind der Masse viel klarer und damit auch ihr Widerstand und ihre Opposition gegen die Urheber der Verteuerung der Lebensmittel viel stärker geworden. Und es kann kein Zweifel sein: Der Gedanke, der schon vor bald 150 Jahren von dem Vater der modernen Nationalökonomie, Adam Smith, in so schöner und klarer Form zum Ausdruck gekommen ist, daß das, was in wirtschaftlicher Beziehung für einen klugen Familienvater als Nichtschmerz gilt, auch für die Wirtschaft eines ganzen Volkes seine Berechtigung hat, dieser Gedanke, der besagt, daß der gesunde Menschenverstand seine Bedürfnisse dort zu decken sucht und suchen muß, wo er am billigsten dazu kommt, ist heute lauter als je zuvor. Je mehr die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge für die große Masse verständlich werden, um so schneller wird die chinesische Mauer der agrarischen Absperrung Deutschlands gegen das Auslande niedergelegt werden müssen. Wenn auch nicht mit Einwilligung der deutschen Landwirtschaft, so eben gegen sie. Denn die Entwicklung steht still und läßt sich nicht aufhalten, weder durch Behmann Hölweg noch Heydenbrand noch durch andere!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Altenstein. Am 7. Juni feierte unser Ortsverein sein diesjähriges Johannisfest. Zahlreich waren die geladenen Gäste erschienen, darunter Kollegen aus Oberode und Büchholzberg. Der Gavorvstand und die Ortsvereine Tiffitz und Büchholzberg sandten telegraphische Grüße. Schnell verfloßen die Stunden bei Konzert und den üblichen Belustigungen. Den Schluß bildete der Tanz, der die lustige Schar bis in die frühen Morgenstunden zusammenhieß. Der Firma Harich sei an dieser Stelle für kostenloste Herstellung der Drucksachen gedankt.

Qu. Barmen. (Vierteljahrsbericht.) Im zweiten Quartal hielt der Ortsverein zwei Versammlungen ab. Die Aprilversammlung (von 63 Kollegen besucht) vollzog die Aufnahme von vier Kollegen. Einen aktuellen Vortrag über „Das neueste Aktien auf die Arbeiterrechte“ hielt uns Kollege Oskar Hoffmann (Eberfeld). Ohne Diskussion wurde eine entsprechende Resolution angenommen. — In der zweiten, am 6. Juni abgehaltenen Versammlung (von 64 Kollegen besucht) wurde bekannt gegeben, daß der Gesuch der Graphischen Vereinigung an die Stadtverordneten um finanzielle Unterstützung zum Besuche der „Buna“ in abledendem Sinne beschieden worden sei. Ausgenommen wurden zwei Kollegen. Den größten Teil der Verhandlungen nahm der Bericht vom Gau-tag in Aachen, gegeben vom Vorsitzenden Kunz, sowie die daran anschließende Diskussion in Anspruch. Entfristung herrschte bei den meisten Rednern über die Verlebung durch die Befreiung des § 6 Abs. 3 des Gewerkegesetzes. (Wieder ver sprach den älteren Kollegen Befreiung vom Gau- und Verbandsbeiträge, sofern sie ununterbrochen 35 Jahre dem Verband angehört und ihr 50jähriges Berufsjubiläum gefeiert hatten. Die Deckung erfolgte durch den Gau.) Der Festkommmission zur 50jährigen Jubelfeier am 8. und 9. August wurde ein unbeschränkter Kredit bewilligt. Einem alten Kollegen, der längere Zeit krank ist, wurden bis zu seiner Invaliditätserklärung 6 Mk. wöchentlich aus dem Ertraunterstützungsfonds bewilligt.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) Die am 7. Juni abgehaltene Monatsversammlung hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs zu erfreuen. Eingang der Tagesordnung ergriff die Verammlung das Hinscheiden unseres langjährigen Mitgliedes Adolf Sefer durch Erben von den Seihen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wies Vorsitzender Braun auf den eben erschienenen Gaujahresbericht hin und empfahl dessen eingehendes Studium. Des weitern verlas er ein Schiedsgerichtsurteil, einen Unionslehrer betreffend. Der Prinzipal hatte dem Kollegen 18,75 Mk. vom Lohn abgezogen, weil er an seiner Maschine pliebigen Saß geliefert hatte. Selbstverständlich verurteilte das Schiedsgericht den Prinzipal zur Zahlung des einbehaltenen Geldes, da es sich auf den Standpunkt stellte, daß der Sefer unmöglich dafür verantwortlich gemacht werden könne, zumal dieser den betreffenden Saß Matrizen vorher geprüft hatte. Hierauf gab Kollege Braun ein ausführliches Programm unter Fahrt nach Leipzig. Weiter teilte der Vorsitzende ein recht betrübendes Vorkommnis in der Schmalzschmelzfabrik Topograph mit. Die dort beschäftigten Verbandsmitglieder erhielten in jedem Jahr eine Woche Ferien. In diesem Jahre wurden ihnen nun diese freien Tage entzogen mit dem Hinweis, daß die Kollegen doch alle Feiertage bezahlt bekommen, was bei den andern dort beschäftigten Arbeitern (Monteurs, Schlosser, Gasdiener usw.) nicht der Fall ist. Hoffsichtlich befindet sich die Leitung der Fabrik bald eines Bessern und macht diese unsoziale Tat wieder rückgängig. Acht Neuzugnahmen fanden Haft. Nächste Versammlung am 2. August.

Dillenburg-Horborn. (Vierteljahrsbericht.) In der Aprilversammlung wurde der vom Kassierer erstellte Kassenbericht vom ersten Quartal als ein guter bezeichnet. Nachdem sich ein Kollege zur Aufnahme gemeldet hatte, streifte Vorsitzender Schüler die Sozial-Broschüre, da es der Gutenbergsbund sich nicht entgegen ließ, auch hierorts seine Fangnehe auszuwerfen, um mit Hilfe dieses Nachwerkes neue Mitglieder zu fangen. Wenn das nicht gelang, so ist das nur der Aufklärung unserer Mitglieder zu danken. — In der Maiderversammlung hatten sich wiederum zwei Kollegen zum Verbandsbesuch gemeldet, darunter ein ehemaliger Gutenbergsbinder. — In der Junierversammlung beschäftigte man sich zunächst mit dem Gewerkschaftskartell, das gegenwärtig auf sehr schwachen Füßen steht. Eine größere Derballe zeitigen die hierorts bestehenden Ausnahmebestimmungen. Ist es doch manchen Kollegen unklar, daß die Orte Dillenburg und Horborn zur Gewerkschaft gehören, also mit zu den teuersten Städten zählen, und trotzdem noch beide Ausnahmebestimmungen bestehen. Der Versammlungsbesuch im zweiten Vierteljahre war durchschnittlich gut, bis auf einige unverbesserliche „Schwänzer“. — Einen recht hoffnungsvollen Beifugung unternahm der Binderlehrer Gebeier am 14. Juni nach Dillenburg. Abgesehen sämtliche Kollegen hatte man von diesem „wichtigen Ereignis“ in Kenntnis gesetzt, mit der einbringlichen Bitte, daß kein Kollege fehlen darf. Doch schlugen die hochgepannten Erwartungen in das Gegenteil um — kein Kollege fand es für nötig, das überflüssige und widerwärtige Gerede mit anzuhören. Nur ein zufällig hier weilender auswärtiger Kollege sorgte den Herren für etwas Zeitvertrieb, aber in einer Weise, die auch nicht zum Wiedererkennen reizen dürfte. Anerkant muß jedoch die außerordentliche Leistungsfähigkeit im Brüllen werden, hörte es sich doch im gegenüberliegenden Wirtschaftsraum gerade an, als Hände in der Nähe die Komödiantenbude eines Jahr (Fortsetzung in der Beilage)

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

markts. Doch war alles Mühen vergebens; nach freundlicher Verabschiedung unseres Kollegen fand die Buchdruckerjugung, wie sich ein aus der weiteren Umgebung herbeigeeilter Bündler patheistisch ausdrückte, ihr frühzeitiges und — schmerzhaftes Ende. Wie schon so vielerorts, war es also auch hier nichts mit dem Gimpelfange; nur schade um die nutzlos verpulverten Gelder.

Rundschau

Ferien und Ferienerweiterung. Die Herzogliche Hofbuchdruckerei von Karl Köppl in Sagan bewilligte ihrem Personal einen Erholungsurlaub von sechs Tagen ohne freie Karenz; bisher kamen unter besonderen Bedingungen drei bis sechs Tage in Frage. — In Mörsleben gewährten die Buchdruckereien H. C. Besehorn und Geron ihren Gehilfen einen Erholungsurlaub von drei Tagen bei dreijähriger Karenz und von vier Tagen bei vierjähriger Geschäftszugehörigkeit bei halber Lohnzahlung. Für diese Bestimmungen war der Steinbrücker tarif maßgebend. Ferner erhalten am gleichen Orte die Gehilfen der Buchdruckerei von Gebr. Volkhardt drei freie Tage bei fünfjähriger Geschäftszugehörigkeit und jene der Buchdruckerei von M. & W. Welfert ebenfalls drei Tage ohne Karenz. — In Wilmersdorf bei Berlin bewilligte die Buchdruckerei Oskar Hübner ihrem Personal drei freie Tage ohne Karenz. — In Freiberg (Sachsen) erhalten die Gehilfen der Buchdruckerei Ernst Maudschlich sechs Tage Ferien bei fünfjähriger Geschäftszugehörigkeit.

Bergleistungen zum Besuche der graphischen Wett ausstellung. In Rendsburg erweilerte die Buchdruckerei Heinrich Müller Söhne aus Anlaß der graphischen Wett ausstellung in Leipzig die Ferien für alle Gehilfen bei einjähriger Karenz auf acht Tage und gewährt ferner aus freien Stücken jedem der zur Ausstellung reisenden Gehilfen (eß) einen Zuschuß von je 20 Mk.; ferner bewilligte die Buchdruckerei Fröh Albers am gleichen Ort einem ihrer beiden Gehilfen zehn Ferientage zum Besuche der Leipziger Ausstellung. — In Stuttgart genehmigte der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs für das technische Personal der „Schwäbischen Tag wacht“ als Zuschuß zum Besuche der graphischen Ausstellung den Betrag von 300 Mk. Davon erhalten sechs Kollegen je 50 Mk. — Die Handwerkskammer zu Arnberg bewilligte einem Gehilfenbesitzer im Prüfungsausschüsse ihres Bezirks eine Beihilfe von 80 Mk. zum Besuche der Leipziger Ausstellung. — In Freiberg (Sachsen) erhalten die Gehilfen der Buchdruckerei Ernst Maudschlich die Ausstellung in Leipzig besuchen wollen, einen Zuschuß von je 6 Mk. — In Berlin hat die Geschäftsleitung der „Deutschen Tageszeitung“ den Gehilfen, die die Leipziger Ausstellung besuchen wollen, bei über fünfjähriger Geschäftszugehörigkeit je 15 Mk. und bei zwei- bis fünfjähriger Karenz je 10 Mk. bewilligt; in Frage kommen 61 Gehilfen. — In Posen gewährt die Buchdruckerei „Polener Neueste Nachrichten“ (Inhaber Georg Wagner) zum Besuche der graphischen Wett ausstellung jedem ihrer Gehilfen einen Zuschuß von 25 Mk. Es kommen etwa 20 Kollegen in Betracht. — In Gräfenhainichen genehmigte die Stadtkonferenz dem dortigen Ortsverein unserer Organisation als Zuschuß zum Besuche der Leipziger Ausstellung die Summe von 100 Mk. — In Chemnitz bewilligte die Buchdruckerei von Hensburg & Co. („Neueste Nachrichten“) ihrem Personal außer den bestehenden Ferien einen Tag mehr und 10 Mk. Reisegeld zum Besuche der Leipziger Ausstellung. — In Eberswalde gewährte die Buch druckerei von C. & T. Müller G. m. b. H. ihren zur Leipziger Ausstellung fahrenden Gehilfen einen Reise zuzuschuß von 200 Mk. — In Emden bewilligte die Buch druckerei Anton Gerhard dem Teil ihres Personals, der die Leipziger Ausstellung besuchen will, fünf Tage Ferien. — In Berlin gewährte die Buchdruckerei und Geschäftsbücherfabrik von Hermann G. Lehmann ihrem Personal einen zwelfltägigen Urlaub zum Besuche der Leipziger Aus stellung.

Johannistag auf der graphischen Wett ausstellung. Für das schon früher angekündigte Johannistfest, das am 28. Juni auf der graphischen Wett ausstellung in Leipzig gefeiert werden soll, ist nunmehr folgendes Programm festgelegt: Es wird den ganzen Tag von vormittags 11 Uhr bis in die Nacht dauern und soll zu einer festlichen Kund gebung der Buchgewerbestadt Leipzig werden, an der jeder einzelne teilnimmt. Nach einer Gedächtnisfeier am Vor mittag für die großen Toten des Buchgewerbes, bei der Sängervereinigungen und Orchester mitwirken, beginnt um 4 Uhr nachmittags ein großer Festzug, der durch das ganze Gelände zieht und alle Einzelheiten des Buchgewerbes und seiner Geschichte sowie die einzelnen Gewerbe und In dustrien in prächtigen Gruppen und Festwagen vorführen wird. Hierauf folgt, unter Mitwirkung unseres Leipziger Stollengefangensvereins (etwa 200 Säger), die Enthüllung des Gutenbergsdenkmals auf dem Gutenbergsplatz der Aus stellung und Niederlegung von Kranzen durch Vertreter der einzelnen Fachgruppen. Für den Abend sind großartige

Länge und Zunftspiele, ebenso Brillantfeuerwerk und andre hervorragende Veranstaltungen vorgesehen. Den Schluss bildet ein großer Frachtenball.

Schwerer Betriebsunfall. In der Druckerei der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ geriet dieser Tage wäh rend der Nachschicht ein Maschinenmesser so unglücklich in das Getriebe einer großen Zeitungrotationsmaschine, daß ihm eine Hand vollständig abgerissen wurde.

Vom Konkurrenzkampf im Versicherungsgewerbe. Gegenwärtig spielen sich im deutschen Versicherungsgewerbe Konkurrenzkämpfe ab, die auch über die nächstinteressierten Kreise hinaus ernste Beachtung verdienen. Zwei Einrich tungen haben den privaten Versicherungsgesellschaften viel Terrain weggenommen: die staatliche Privatangelegtenver sicherung und die „Volksfürsorge“. Es ist selbstverständ lich, daß infolgedessen zwischen den Versicherungsgesell schaften auf den ihnen verbleibenden Gebieten eine viel stärkere Konkurrenz eintrat. Es zeigt sich überdies, daß die Gesellschaften trotz der erheblichen Verminderung des Terrains ihren Organisations- und Akquisitionenapparat nicht verkleinern, sondern im Gegenteil ihre Generalagenturen, Subdirektionen usw. in ganz auffälliger Weise vermehren und ausbauen. Es mag ja sein, daß der Versicherungs gedanke gerade durch die vorerwähnten Einrichtungen jetzt populärer geworden ist als früher, immerhin erscheint es aber fraglich, ob eine solche Ausdehnung des Werbe apparates der Versicherungsgesellschaften nicht schließlich schädigend wirken muß. Wer irgendwie für einen Ver sicherungsvertrag in Betracht kommt, wird heute von ge werbemäßigen, „fittigen“ Agenten überlaufen. Nicht nur die Vertreter verschiedener Gesellschaften, sondern auch Agenten der gleichen Versicherung lagen einander die Klienten ab. Daß bei einem solchen scharfen Konkurrenzkampf allerlei Mißbräuche einreihen, ist schließlich gar nicht zu vermeiden. So sei nur auf die Rabattfrage verwiesen. Es werden eigentlich nur noch in Ausnahmefällen Ver sicherungsverträge zu den normalen Bedingungen abge schlossen. Gewöhnlich werden allerlei Provisionen usw., die nach den Bestimmungen der Agent erhalten sollte, dem Versicherer gewährt. Außerdem haben zahlreiche Beamtenvereine, industrielle Unternehmungen usw. mit großen Ver sicherungsgesellschaften Vorzugsverträge abgeschlossen, nach denen ihnen Mitgliedern resp. Angehörigen ohne weiteres große Rabatte bewilligt werden. Das reguläre Geschäft ist jedenfalls so sehr durchlöcher, daß es nur noch auf dem Papier existiert. Inerquickliche Zustände herrschen auch in bezug auf die Anstellungsverhältnisse der Agenten und Generalvertreter. Diese müssen vor ihrer feinen Anstellung ein gewisses Pensum von Lebens-, Unfall- usw. Ver sicherungen erledigt haben. Die Bewerber für solche Agenten stellen bearbeiten zunächst ihren ganzen Bekannten- und Verwandtenkreis, um die vorgeschriebenen Abschüsse zu fassen zu bringen. Die meisten Versicherungen werden ihnen zunächst aus besonderer Gefälligkeit von guten Freun den usw. bewilligt. Auf diese Weise erhalten die Ver sicherungsgesellschaften eine Anzahl neuer Klienten, die ursprünglich nicht die Absicht, vielfach auch nicht die Mittel zu einer Versicherung hatten und die zum Teil in kurzer Zeit ihre Beitragszahlungen wieder einstellen. Daß eine große Anzahl der auf diese Art gewonnenen Agenten nach ihrer festen Anstellung relativ wenig verdient, weil eben alle Bekanntenkreise und die Verwandtschaft „abge klappt“ sind, ist bekannt. Ein besonderes, sehr unersetzliches Kapitel bildet die Verquickung von Darlehns geschäften und Versicherungsverträgen. Durch gewisse Ge waltverleiher wird so manchem Darlehnsucher eine Lebens versicherungspolice aufgehängt oder kein Darlehen vermittelt. Die auf diesem Wege gewonnenen Abschüsse bilden schließlich auch keinen sonderlich wertvollen Zuwachs für den Versicherungsbestand. Es ist fasttäglich hohe Zeit, daß die Versicherungsgesellschaften einmal gemeinsam an eine Be gegnung der schärfsten Begleitscheidungen des erbitterten Konkurrenzkampfes herangehen. Anstatt ihren Werbe apparat über den Bedarf hinaus zu vergrößern, sollten sie der günstigen Anlage ihrer Kapitalien in Hypotheken und Effekten eine erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Hier ließe sich durch solidarisches Vorgehen der Versicherungsgesell schaften auch sehr viel erreichen.

Arbeiterwanderungen und Lohndruck. Es ist eine alte Erfahrung, daß neben den Schwankungen des gewerblichen Beschäftigungsgrades vor allem das Verhältnis von Angebot und Nachfrage für die Entwicklung der Lohn verhältnisse der Arbeiterschaft maßgebend ist. Einen interes santen Einblick in die Wechselwirkungen zwischen Konjunktur, Arbeiterwanderungen und Lohnverhältnissen gewährt die neueste amtliche Nachweisung der in den Haupt bergbaubetrieben Preußens im ersten Vierteljahr 1914 verdienten Bergarbeiterlöhne. Es ergibt sich daraus, daß trotz gesteigerter Kohlenproduktion der Lohn des einzelnen Bergarbeiters in den wichtigsten westdeutschen Revieren gegen das Vorjahr absolut und relativ zurückgegangen ist. Die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter ist jedoch ganz be deutend gestiegen. Da in den letzten Jahren in Westdeutschland eine gewisse Knappheit an Bergarbeitern herrschte, hat man fortgesetzt aus den schließlichen Grubenrevieren und aus dem Auslande russisch-polnische und galizische Arbeiter in großen Scharen nach Rheinland-

Westfalen geholt, um einer Erhöhung der dortigen Löhne vorzubeugen. Die Abwanderung aus Schlefien hat infol tern eine gute Wirkung gehabt, als die — allerdings auch heute noch jammervollen — Lohnverhältnisse im schließlichen Bergbau sich ein wenig gebessert haben. Im ersten Quartale 1913 und 1914 betrug die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter und der verfahrenen Schichten im Steinhoblenbergbau:

	Belegschaft		Verfahreneschichten in Millionen	
	1913	1914	1913	1914
Oberschlefien	123973	138398	9,42	10,52
Niederchlefien	28727	29046	2,24	2,29
D. B. L. Dortmund	377437	407512	30,19	31,38
bei Saarbrücken	49115	49825	3,73	3,84
bei Aachen	14309	15610	1,12	1,22
Niederrhein (links)	12979	15552	1,01	1,13

Die Zahl der pro Arbeiter geleisteten Schichten ist durch schnittlich von 79 auf 77 zurückgegangen. Die Löhne ent wickelten sich folgendermaßen:

	Quartalsverdienst pro Arbeiter in Mark		Schichtverdienst in Mark	
	1913	1914	1913	1914
Oberschlefien	273	280	3,59	3,67
Niederchlefien	262	275	3,36	3,49
D. B. L. Dortmund	424	402	5,28	5,25
bei Saarbrücken	340	339	4,46	4,43
bei Aachen	370	380	4,75	4,88
Niederrhein (links)	428	405	5,51	5,52

Die Verminderung des Quartalsverdienstes in den west deutschen Revieren (außer Aachen) erklärt sich nur zum Teil aus der Abnahme der pro Arbeiter geleisteten Schichten. Es zeigt sich auch ein Rückgang des Schicht verdienstes, und diese Ercheinung hängt zweifellos damit zusammen, daß durch künstliche Steigerung des Angebots am Arbeitsmarkt ein Druck auf das Lohnniveau ausgeübt wurde.

Gewerkschaftliche Errungenschaften. In den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landesunde“ wird jetzt das Ergebnis einer Erhebung über die Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter in Württemberg veröffentlicht, die im Oktober 1912 auf Veranlassung der staatlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel veranstaltet und vom Statistischen Landesamt bearbeitet wurde. Eine Unter suchung gleicher Art fand schon im Jahre 1905 statt, und eine auf die Arbeitszeit der Arbeiterinnen beschränkte Erhebung war im Jahre 1902 vorausgegangen. Das durch die letzte Erhebung gewonnene Zahlenmaterial kann also in Vergleich gestellt werden mit den Ergebnissen der früheren Untersuchungen. Dabei ergibt sich, daß von 1902 bis 1905 für die Arbeiterinnen, von 1905 bis 1912 für die Arbeiter erhebliche Fortschritte erzielt wurden, die bei den Arbeiterinnen zum Teil auf das Konto des seit 1910 durch geführten gesetzlichen Zehnstundentages, bei den Arbeitern aber fast ausschließlich auf das Konto der gewerkschaftlichen Organisation zu legen sind. Es wurden 3429 Betriebe mit in der Regel mindestens 10 Arbeitern erfasst, die zu sammen 213 108 Arbeiter über 16 Jahre beschäftigten. Unter diesen Arbeitern befanden sich 60 083 weibliche, die sich auf 1871 Betriebe verteilten. Die durchschnittliche reine Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre an den gewöhnlichen Wochentagen (unter Ausschaltung der Sonn abende, an denen die Arbeitszeit auf 8 Stunden beschränkt ist) betrug 1912: 9 Stunden 35 Minuten, 1905: 9 Stunden 54 Minuten. Es ist also eine durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit um 19 Minuten eingetreten. Dabei ist zu beachten, daß der gesetzliche Zehnstundentag nur für einen kleinen Teil der Arbeiterinnen eine Arbeitszeiterhöhung brachte, da in der Mehrzahl der Betriebe der Zehnstundentag von den Gewerkschaften schon vorher erkämpft war. Der Prozentsatz der Arbeiterinnen mit neunmündiger oder kürzerer Arbeitszeit stieg in dem Zeitraum von 1902 bis 1912 von 8,3 auf 11,6, der Prozentsatz derjenigen, die 9 bis 10 Stunden arbeiten müssen, stieg von 45,2 auf 88,4; der Prozentsatz der Arbeiterinnen mit zehn- bis elfstündiger Arbeitszeit aber, der 1902 27,6, 1905 sogar 34,4 betrug, ist jetzt auf Null gesunken. Die Arbeitszeit der männlichen Arbeiter über 16 Jahre, die ja gesetzlich nicht beschränkt ist, hat gleichfalls eine nennenswerte Kürzung erfahren. Die durchschnittliche reine Arbeitszeit an gewöhnlichen Wochentagen betrug für die Männer 1912: 9 Stunden 46 Minuten, wogegen sie 1905: 10 Stunden 3 Minuten betragen hatte. Es ist bemerkenswert, daß der Prozent satz der Arbeiter, die nur bis 48 Stunden in der Woche beschäftigt waren, etwas höher ist als der Prozentsatz unter den Frauen und Mädchen (3,9 Proz. gegen 1,6 Proz.), daß aber andererseits die Zahl der Männer, die mehr als 60 Stunden wöchentlich tätig sein müssen, noch 9007 = 6,5 Proz. der Gesamtzahl beträgt. Es arbeiten 60,32 Proz. aller männlichen Arbeiter bis zu 57 Stunden, 33,20 Proz. 58 bis 60 Stunden, 6,48 Proz. mehr als 60 Stunden wöchentlich. Sehr groß ist immer noch der Unterschied in der Arbeitszeit in den kleinen und den großen Gemeinden. Während in Stuttgart die durch schnittliche Nettoarbeitszeit auf 9 Stunden 24 Minuten be rechnet wurde, betrug sie in den Gemeinden von 5000 bis 10 000 Einwohnern 9 Stunden 44 Minuten; in den Ge meinden unter 5000 Einwohnern 10 Stunden 10 Minuten.

